



# STUDIENGEBÜHREN – Ausdruck der Klassengesellschaft!

---

Von Lars Kelich

*„Entfremdet und entwürdigt ist nicht nur der, der kein Brot hat, sondern auch der, der keinen Anteil an den großen Gütern der Menschheit hat.“ – Rosa Luxemburg (Politikerin)*

Sieht man von der bundesweiten Bildungsstreikwoche ab, ist der Protest gegen Studiengebühren im Allgemeinen in der letzten Zeit sehr abgeflacht. So sieht es zumindest nach außen hin aus. Die Studierenden haben jedoch schon des Öfteren gezeigt, dass sie die Studiengebühren nicht einfach so hinnehmen. So gab es bereits 2005 eine Urabstimmung bei den Wahlen zur studentischen Selbstverwaltung an der Universität Hannover zum Thema Studiengebühren, bei der 93 Prozent der Wählerinnen und Wähler Studiengebühren ablehnten. Doch was ist aus diesen 93 Prozent innerhalb der letzten 4 Jahre geworden?

Es lässt sich schnell feststellen, dass die Studierendenzahl an der Universität Hannover innerhalb der letzten Jahre rapide gesunken ist. Waren es 2003, kurz vor der Übernahme der Landesregierung Niedersachsen durch Wulff und Co., noch über 30.000 Studierende, so ist die Zahl mittlerweile auf unter 20.000 Studierende gesunken. Das heißt konkret, dass ein Drittel aller Studierenden an der Universität Hannover durch Maßnahmen wie das Hochschuloptimierungskonzept (HOK), ein Landesprogramm, das massive Kürzungen in den einzelnen Fachbereichen, vor allem den weniger marktverwertbaren, vorsah, und Studiengebühren wegrationalisiert wurde. Geblieben sind dabei vor allem viele Studierende, die sich das Studium Dank der finanziellen Lage ihrer Eltern leisten können.

Studiengebühren wirken sozial selektiv – das kann man daraus deutlich erkennen. Nun gibt es jedoch die vielen Ökonomen und Wirtschaftsliberalen, die tolle Argumente finden, warum gerade das nicht der Fall sei und dass Studiengebühren kein Hindernis seien, ein Studium zu beginnen. In welcher Welt auch immer diese Ökonomen und Wirtschaftsliberalen leben: Die Realität ist es nicht. Die Realität ist,

dass sich junge Menschen, die ein Studium beginnen möchten, zuallererst Gedanken machen, ob sie sich das überhaupt leisten können. Dabei spielt die Frage, was ein Studium neben dem Lebensunterhalt, der bei Studierenden aus ärmeren Verhältnissen durch BaföG finanziert wird, kostet, eine zentrale Rolle. Junge Menschen, die sich diese Zusatzbelastung nicht erlauben können, müssten sich dafür verschulden – und auch das ist eine völlig inakzeptable Ungerechtigkeit. Manch einer sagte darüber schon: „Warum? Die können doch ruhig einen Kredit aufnehmen, denn die verdienen später ja auch mehr.“ – Das ist einfach grober Unfug. Denn erstens ist es nicht einmal sicher, ob man später einen Arbeitsplatz bekommt, aus dem man genug Verdienst hat, um die Gebühren zurückzuzahlen und zweitens ist es gleichermaßen ein Faktum, dass ein solcher Schuldenberg nach der universitären Bildung einen jungen Menschen zwischen 26 und 28 Jahren von einer Existenzgründung, bei der noch mehr Schulden entstehen, abhält. Ganz abgesehen davon, und das ist Fakt Nummer drei, ist es eine fundamentale Ungerechtigkeit, wenn die einen AbsolventInnen an den Hochschulen Dank ihrer Eltern schuldenfrei ins Leben starten und die anderen ihren Bildungsweg abbezahlen müssen. Von Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit kann hierbei wohl keine Rede sein. Das gilt übrigens in Teilen auch für das BaföG, obwohl die beiden Sachen nicht miteinander vergleichbar sind, da es sich beim BaföG um ein zinsfreies Darlehen handelt, für das andere sozialere Bestimmungen gelten als für die Studienkredite.

Eine Maßnahme der damaligen SPD-Landesregierung, die vor 2003 in Niedersachsen tätig war, müssen wir gleichermaßen kritisieren, denn sie hat unter dem damaligen Ministerpräsidenten Sigmar Gabriel Langzeitstudiengebühren eingeführt. Dabei werden ab einem bestimmten Semester über der Regelstudienzeit bis zu 300 Euro zusätzlich für die Studierenden fällig. Das Hauptargument für diese Maßnahme war die Behauptung, einige Studierende würden für ihr Studium zu viel Zeit benötigen und sich einen faulen Lenz machen. Doch wen hat man mit dieser unsozialen Maßnahme vor allem getroffen? Eines ist sicher: Die Studierenden, deren finanzielle Grundausstattung ohnehin sehr gut ist, trifft man nicht, denn für die machen 100, 200 oder 300 Euro mehr den Braten auch nicht fett. Aber diejenigen, deren Studium sich automatisch verlängert, weil sie nebenbei arbeiten müssen, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, und diejenigen, die bereits ein Kind oder mehrere zu versorgen haben und deshalb die Regelstudienzeiten nicht einhalten können, hat man mit diesem Gesetz elementar getroffen – somit wirken auch diese Langzeitstudiengebühren sozial selektiv. Ein bestimmtes Milieu soll einfach davon abgehalten werden zu studieren.

**Wir Jusos wissen um diese Probleme und sehen Studiengebühren jeglicher Art als einen Ausdruck der Klassengesellschaft. Wir fordern einen gebührenfreien Bildungsweg vom Kindergarten bis zur Hochschule. Allgemeine und Langzeitstudiengebühren gehören abgeschafft!**